

GERMAN U15 | KOMMENTIERUNG

**KONSULTATION ZUM WEIßBUCH DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION:
„ÜBER OPTIONEN FÜR EINE VERSTÄRKTE UNTERSTÜTZUNG VON
FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG ZU TECHNOLOGIEN MIT POTENZIELL
DOPPELTEM VERWENDUNGSZWECK“**

Als Verbund forschungsintensiver Universitäten aus Deutschland halten wir eine Diskussion über die Potenziale, Rahmenbedingungen und Folgewirkungen einer möglichen verstärkten Förderung von Forschung und Entwicklung zu Technologien mit potenziell doppeltem Verwendungszweck (Dual Use-Technologien) für notwendig. Die gravierend veränderte sicherheitspolitische Lage Europas stellt auch Universitäten vor die Frage, welche Rolle und Verantwortung der Forschung darin zukommt. Dies betrifft auch die im Weißbuch angesprochene Frage, ob und wie Synergiepotenziale zwischen ziviler und militärischer Forschung und Entwicklung besser identifiziert und genutzt werden können. Dabei handelt es sich um eine Frage, die in ihrer Komplexität und Tragweite erhebliche Auswirkungen auf die Gesamtarchitektur der europäischen Forschungsförderung haben kann. Dies gilt besonders aus deutscher Perspektive, wo es in der Wissenschaftslandschaft aufgrund der eigenen Geschichte eine tiefe, weit verbreitete Tradition der Trennung von ziviler und militärischer Forschung gibt.

Die Kommission weist in ihrem Weißbuch zu Recht auf das Fehlen einer gemeinsamen konzeptionellen Definition der Terminologie „doppelter Verwendungszweck“ im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung von Technologien hin. Eine klare Definition muss dabei der erste entscheidende Schritt sein. Exemplarische Fragen, die es zu beantworten gilt, sind dabei: Was fällt unter Dual Use? Wo verläuft die Abgrenzung zu sicherheitsrelevanter Forschung? Ohne ein genaueres Verständnis der zugrunde gelegten Definitionen ist aus unserer Sicht kein erfolgreiches Design von Förderinstrumenten möglich. Dies gilt auch für eine Diskussion der drei Optionen zur Förderung von Forschung und Entwicklung zu Dual Use-Technologien. Ihre Bewertung hängt ganz entscheidend davon ab, was unter Dual Use fällt. Wir begrüßen daher die Ankündigung, eine entsprechende Definition zu entwickeln und plädieren nachdrücklich dafür, dies unter Einbeziehung der Stakeholder zu tun. German U15 ist bereit, sich in einen solchen Prozess einzubringen.

Wir möchten für die weitere Diskussion zwei Überlegungen gleichsam als Leitplanken formulieren:

1. Forschung und insbesondere freie erkenntnisgeleitete Forschung an den Grenzen des Wissens ist Motor für die Innovationskraft in allen gesellschaftlichen und technologischen Bereichen. Sie leistet insbesondere einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit Europas. Das beste Beispiel ist die Entwicklung der mRNA-Technologie und der Covid-Impfstoffe. Für

diese Wirksamkeit sind die Freiheit der Forschung – in Deutschland im Grundgesetz geschützt - und die Autonomie der Universitäten unverzichtbar. Sie müssen auch bei der Priorisierung von politisch wichtigen Themen und entsprechend erfolgreicher Aufteilung der Haushaltsmittel beachtet werden.

2. U15 wertet *Horizon Europe* und seine Vorgängerprogramme als wesentlichen Treiber für wirtschaftlichen Wohlstand, gesellschaftliches Wohlergehen und ökologische Nachhaltigkeit in Europa. Um insbesondere die strategische und technologische Souveränität Europas zu stärken, muss das nächste Forschungsrahmenprogramm den Umfang, die Qualität und die Reichweite haben, um im äußerst harten globalen Wettbewerb bestehen zu können. Aktuell reichen die Mittel nicht, um langfristige Prioritäten der EU wie insbesondere die strategische Autonomie zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund wäre es fatal, bei den Ausgaben für zivile Forschung zu kürzen. Europa braucht stattdessen beides: ein starkes Budget für zivile Forschung und ein starkes Budget für verteidigungsrelevante Forschung. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nicht zuletzt die jüngsten Assoziierungsabkommen mit Großbritannien, Kanada und Südkorea zeigen, wie attraktiv die zivile europäische Forschung wahrgenommen wird, gerade bei forschungsstarken Wertepartnern. Jede Diskussion über mehr militärische Forschung muss daher von der Prämisse ausgehen, dass dafür zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.